

## Überregionaler Pressespiegel 13.01.2012

Thueringer-allgemeine.de | 13.01.2012

### Spendensammlung für angeklagten Jenaer Jugendpfarrer König

Der wegen "aufwieglerischen Landfriedensbruchs" angeklagte Jenaer Jugendpfarrer Lothar König erhält Unterstützung durch eine Spendenaktion.

Jena/Dresden. Für den wegen schweren Landfriedensbruch angeklagten Jenaer Jugendpfarrer Lothar König werden Spenden gesammelt. Eine eigens eingerichtete Website sei diese Woche online gegangen, teilte Mitinitiator Philipp Drechsler am Freitag in Jena mit. Freunde und Unterstützer der Familie König hätten die Aktion gestartet. Mit den Spenden sollen die erwarteten Prozesskosten bezahlt werden.

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat den Pfarrer im Dezember angeklagt. König soll bei den Dresdner Anti-Nazi-Protessen im vergangenen Februar zu Gewalt angestachelt haben. Er bestreitet den Vorwurf. Der Theologe leitet in Jena die Junge Gemeinde Stadtmitte, die auch Anziehungspunkt für die linke Szene ist.

Auf der Website für die Spendensammlung heißt es: "Die Anklage dient dazu, in Sachsen ein Exempel zu statuieren, um engagierte und unbequeme Bürger der Zivilgesellschaft einzuschüchtern." König habe zu keinem Zeitpunkt zu Gewalt aufgerufen und während der Demonstrationen besonnen gehandelt.

Der Prozess soll vor dem Amtsgericht Dresden stattfinden. Nach Angaben einer Gerichtssprecherin wurde noch nicht über die Zulassung der Verhandlung entschieden. Ein möglicher Prozesstermin sei damit noch unklar. epd

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Spendensammlung-fuer-angeklagten-Jenaer-Jugendpfarrer-Koenig-499590207>

---

TAZ | 13.01.2012

### Neonazi-Demo in Magdeburg

Marsch? Marsch? Stopp!

Militante Neonazis rufen für Samstag erneut nach Magdeburg. Der Aufmarsch wird immer mehr zum Großkampftag der rechtsextremen Szene. von Andreas Speit

HAMBURG taz | Durch die Straßen dürfte wieder Richard Wagners "Götterdämmerung" schallen: eine Trauerinszenierung allein für die deutschen Opfer während des Nationalsozialismus. Seit Monaten plant die rechtsextreme "Initiative gegen das Vergessen", in Magdeburg einen sogenannten Trauermarsch wegen der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg auszurichten.

Ein breites Bündnis will dieses Gedenken nicht zulassen. "Unser Signal gegen die Geschichtsverdreher soll stärker sein", sagt Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD). Bis zu 7.000 Besucher erwartet das "Bündnis gegen Rechts" in der Landeshauptstadt von

Sachsen-Anhalt auf der "Meile der Demokratie", die zum vierten Mal ausgerichtet wird. Über 160 Vereine und Initiativen gestalten das Programm.

"Die Meile ist gut und richtig. Reicht uns aber nicht. [...] Wir wollen den Nazis aktiv etwas entgegensetzen", heißt es allerdings in einem Aufruf, den auch Grünen-Politiker unterstützen. Es werden Versuche erwartet, die Mahnwache lautstark zu stören, die Neonazis gar später auf der Route zu blockieren. Schließlich gelang es zuletzt auch in Dresden, den rechten Gedenk-Aufmarsch zu stoppen.

Testlauf für Dresden

"Ein gesellschaftlicher Konsens für Blockaden ist nicht gegeben", sagt David Begrich vom "Miteinander e.V." in Magdeburg. Noch nicht, schiebt er hinterher. Mit der "Meile" seien in Magdeburg immerhin schon mehr Menschen gegen die Neonazis auf die Straße gelockt worden als mit den Gegendemonstrationen.

Der Marsch in Magdeburg hat für die einschlägige Szene stark an Bedeutung gewonnen. 1994 legten noch vereinzelt NPD-Kader bei einer öffentlichen Gedenkfeier auf dem Westfriedhof einen Kranz nieder. 2001 meldeten Freie Kameradschaften und NPD erstmals einen Trauermarsch an, 140 Kameraden kamen. In den folgenden Jahren trat bundesweite Neonaziprominenz auf, bis zu 1.000 Teilnehmer wurden gezählt.

Unter dem Motto "Ehrenhaftes Gedenken statt Anpassung an den Zeitgeist" rufen 2012 über 30 meist militante Kameradschaften zur Teilnahme auf. Für die regionale Szene ist es ihr wichtigster örtlicher Termin, sagt Begrich. Er erwartet bis zu 1.200 Neonazis. Mit dem "Aktionsbündnis gegen das Vergessen" für den Marsch in Dresden arbeitet die Magdeburger Initiative seit zwei Jahren zusammen.

Begrich befürchtet, sollten die Neonazis in Dresden 2012 scheitern, könnten sie 2013 in Magdeburg ihre zentrale "Trauerveranstaltung" ausrichten wollen. Am Samstag ist der Testlauf.

<http://www.taz.de/Neonazi-Demo-in-Magdeburg/!85504/>

---

Freie Presse | 13.01.2012

### Neonazi-Gegner gehen aufeinander zu

Überparteiliche Arbeitsgemeinschaft will mit Blockade-Bündnis sprechen

Dresden (dapd-lsc). Einen Monat vor dem erwarteten Aufmarsch Tausender Rechtsextremer in Dresden gibt es in der Diskussion um den angemessenen Protest ein Entspannungssignal. Die von der Stadt ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft (AG) will mit dem umstrittenen Blockade-Bündnis "Dresden Nazifrei" ins Gespräch kommen. AG-Moderator Frank Richter kündigte am Freitag an, dass zwei Mitglieder der AG mit Vertretern des Bündnisses Kontakt aufnehmen wollen. Ein Sprecher des Bündnisses begrüßt diesen Schritt.

In dem Gespräch sollen sich beide Seiten über die geplanten Gegenaktionen zu dem erwarteten Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar in Dresden verständigen. Zwar gebe es "unüberbrückbare Unterschiede" was die Positionen zu Blockaden angehe. Da alle Beteiligten aber gewaltfreie Aktionen befürworteten, sei ein Gespräch "aus pragmatischen Gründen" sinnvoll, sagte Richter.

Seit Jahren missbrauchen Rechtsextreme das Gedenken an die Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg für ihre Zwecke. Das Bündnis hat die rechten Aufmärsche in den vergangenen zwei Jahren mit Blockaden verhindert. Die Stadtspitze sowie die Landesregierung lehnen die Blockaden ab, und die Justiz führt zahlreiche Verfahren gegen Blockierer. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen am Rande der Proteste im vergangenen Jahr wurde die Arbeitsgemeinschaft gegründet. Sie will im Februar mit 10.000 Menschen in Hör- und Sichtweite der Neonazis demonstrieren.

Ein Sprecher des Aktionsbündnisses bezeichnet die Gesprächsankündigung der AG als "sehr positive Entwicklung". Erstmals werde offen zugegeben, "dass die Blockaden ein wichtiger Faktor geworden sind", sagte er der Nachrichtenagentur dapd. Für ein mögliches Gespräch sei das Bündnis offen. "Wir sehen der Sache mit Spannung entgegen." Von dem Vorhaben einer Blockade werde das Bündnis aber nicht abrücken.

Unterdessen werden die Pläne der Arbeitsgemeinschaft für ihren Protest am 18. Februar konkreter. An diesem Tag soll am Mittag auf dem Schloßplatz eine einstündige Kundgebung abgehalten werden. Auf einer Bühne würden Reden gehalten und Musik gespielt, sagte AG-Moderator Richter. Wie es danach weitergeht, ist allerdings noch offen. Im Gespräch ist ein Demonstrationzug, der dann auch in Hör- und Sichtweite der Rechten führen soll. Da Ort und Zeit für die Veranstaltungen der Rechtsextremen aber noch nicht feststünden, müsse die Arbeitsgemeinschaft flexibel reagieren, kündigte Richter an.

Am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, plant die AG eine Menschenkette um die Innenstadt. Damit soll an die Tausenden Opfer der Bombennacht erinnert werden. Sowohl für den 13. als auch den 18. Februar haben Rechtsextremisten Veranstaltungen angemeldet. Die Zahl der Demonstrationen und Gegenveranstaltungen an beiden Tagen liegt nach Angaben der Stadt bei etwa 15. dapd

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Neonazi-Gegner-gehen-aufeinander-zu-artikel7875622.php>

---

thueringer-allgemeine.de | 13.01.2012

### Thüringen protestiert gegen Neonazi-Aufmarsch in Dresden

Rund einen Monat vor den erneuten Protesten gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch am 18. Februar wollen Thüringer Parteien Flagge zeigen gegen Rechts.

Erfurt. Parteien und Initiativen wollen am kommenden Mittwoch in Erfurt gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden protestieren. So sollen in der Nähe des Landtags Plakate des Bündnisses "Dresden Nazifrei!" aufgehängt werden, wie ein Sprecher der Grünen-Fraktion am Freitag mitteilte. Mit dabei seien Vertreter von SPD, Linke und Grünen sowie der Gewerkschaft ver.di und des Aktionsnetzwerkes Jena.

Voraussichtlich am 18. Februar wollen Neonazis in Dresden anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt 1945 demonstrieren. Dapd

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Thueringen-protestiert-gegen-Neonazi-Aufmarsch-in-Dresden-100823035>

---

## Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 12.01.2012

Trierischer Volksfreund | 13.01.2012 | Ralf H. Jakobs

### Widerliche Extremismusdebatte

Mehr als 150 Menschen sind seit der Wiedervereinigung Deutschlands rechtsextremer Gewalt zum Opfer gefallen. Dieser Zahl steht ein Mord gegenüber, der auf das Konto von Linksextremen geht - begangen von der Rote Armee Fraktion, die nicht mehr existiert.

Vor diesem Hintergrund ist die Extremismusdebatte, so, wie sie bislang geführt wurde, widerlich.

Ein Mantra konservativer Weltsicht war lange die Gleichsetzung von rechts- und linksextrem - Gesellschaft als propere Mitte, mit unappetitlichen, aber gleich ausgeprägten Rändern rechts und links. Weit gefehlt. Wer linksextrem denkt, kann eine Gefahr für die Gesellschaft sein, so er denn Gewalt bejaht. Ansonsten ist er schlimmstenfalls ein Betonkopf, der von der radikalen Umverteilung von Macht, Geld und Produktionsmitteln träumt. Wer rechtsextrem denkt, ist stets eine Gefahr für die Gesellschaft. Neonazis definieren Menschen über angeborene Eigenschaften wie Herkunft oder Hautfarbe. Rassismus ist immer menschenverachtend - auch ohne verbales oder tätiges Bekenntnis zur Gewalt.

Diese Argumentation ist alles andere als neu, sie wurde nur sträflich ignoriert. Wie im Fall der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU). Über Jahre hinweg zieht ein Killerkommando durch Deutschland. Zehn der elf Opfer sind Ausländer, neun von ihnen Türken, ein Grieche. Die Tatwaffe: immer die gleiche. Die Brutalität der Täter: unfassbar. Unfassbar auch die Richtung der Ermittlungen. Die Fahnder glauben an unzusammenhängende Einzeltaten, an familiäre Streitereien, an kriminelle Machenschaften im jeweiligen Umfeld des Opfers. Eine Realität, die, wäre es Fiktion, niemand einem Drehbuchautor durchgehen ließe.

Auch das ist Realität in Deutschland: Zehntausende Menschen demonstrieren in Dresden gegen einen Aufzug von Neonazis. Die staatlichen Maßnahmen erwecken den Eindruck, nicht der Aufmarsch rechter Dumpfbacken stehe im Fokus, sondern der massenhafte Protest dagegen. Um angebliche linke Gewalttäter dingfest machen zu können, sammeln die Behörden über eine Million Handydaten. Dabei geraten auch völlig Unbeteiligte ins Visier. In diesem Zusammenhang spricht das Verhalten des sächsischen Landtags Bände: Das Landesparlament hebt ungeachtet schwerer juristischer Bedenken die Immunität des Linken-Fraktionschefs André Hahn auf. Dies geschieht mit den Stimmen der regierenden CDU/FDP-Koalition - und denen der NPD. Der Grund: Die Staatsanwaltschaft hält Hahn für einen "Rädelsführer" von Protesten gegen Neonazis; sie verlangt Ermittlungen wegen des Verstoßes gegen die Versammlungsfreiheit. Man muss kein Freund der Linken sein, um diese Vorgänge für fragwürdig zu halten.

Während bei der Verfolgung möglicher linker Straftäter alle Mittel bis an den Rand der Legalität ausgeschöpft werden, fühlen sich Opfer rechter Gewalt von Staat und Behörden im Stich gelassen. Das muss sich ändern.

<http://www.volksfreund.de/nachrichten/welt/meinung/kommentare/Kommentare-Widerliche-Extremismusdebatte;art158795,3027716>

---